sammenhang sind Überlegungen von Bedeutung, neben den Verhandlungen in der OECD auch in der WTO zu einem Investitionsabkommen zu gelangen.
Den Herausforderungen der Globalisierung sind Industrie- und Entwicklungsländer sicherlich in ungleichem Maße gewachsen. Vorteile der Industrieländer liegen in erster Linie in der besseren Qualität von Bildung und Ausbildung, dem Stand der technologischen Entwicklung und der stärkeren Finanzkraft. Große Bedeutung kommt gerade unter diesem Gesichtspunkt den internationalen Organisationen zu, die sich mit Problemen der internationalen Strukturpolitik befassen.
An erster Stelle sind hier die Vereinten Nationen zu nennen, die sich in zahlreichen Organen, Programmen und Sonderorganisationen um den Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bemühen; dieser war in den letzten Jahren zunehmend von Pragmatismus und Nüchternheit geprägt. Bei der Anpassung der Entwicklungsländer und in jüngster Zeit der mittel- und osteuropäischen Länder an den globalen Strukturwandel haben der IMF und die Weltbankgruppe mit der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) und der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur (MIGA) eine oftmals entscheidende Rolle gespielt.
Die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) haben ebenfalls wichtige Impulse gegeben, um Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Schaffung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen zu unterstützen. Zu begrüßen ist, daß Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer im Hinblick auf eine marktwirtschaftliche Orientierung zunehmend auch von den Gremien der Vereinten Nationen in ihrer Bedeutung gewürdigt werden.
Als autonome Organisation innerhalb des Verbandes der Vereinten Nationen hat das GATT in der Vergangenheit durch Marktöffnung für den Handel einen wichtigen Beitrag zur Liberalisierung des Welthandels insgesamt und zur Verbesserung der Handelsposition von Entwicklungsländern geleistet. Die WTO muß diesen Weg durch weitere Liberalisierungsschritte fortsetzen. Protektionistischen Strömungen sollte nicht dadurch Vorschub geleistet werden, daß unter dem Mantel an sich berechtigter Forderungen des Umweltschutzes und der Beseitigung sozialer Mißstände neue Handelsbarrieren errichtet werden. Der mit der WTO-Gründung geschaffene institutionelle Rahmen zur Streitschlichtung bietet eine zusätzliche Basis für die Absicherung eines liberalen Weltwirtschaftssystems.
Der Trend zur Integration der Weltwirtschaft ist unaufhaltsam. Die weitere Einbindung der Entwicklungs- und Schwellenländer sowie der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in die internationale Arbeitsteilung – und damit die Chance zu einer Verringerung des Nord-Süd-Gefälles – ist eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. In diesem Zusammenhang kommt den Vereinten Nationen und ihren Organisationen als Plattform, die Industrie- und Entwicklungsländer verbindet, eine entscheidende Rolle zu.

Armut, Vertreibung, Umweltzerstörung anderswo – was geht uns das an?

Von der Notwendigkeit solidarischen Ausgleichs in einer kleiner werdenden Welt

DETLEF HENSCHE

Die Situation ist paradox:

- Die Spaltung der Welt in zwei gegnerische Blöcke ist überwunden; doch Gewalt und Kriege breiten sich aus.
- Die militärische Konfrontation des Kalten Krieges ist vergangen; doch unverändert werden Arbeitskraft, Wissen und Kapital für Rüstungsausgaben verschleudert.
- Nationale Grenzen verschwinden zugunsten des freien Austausches von Kapital, Waren und Dienstleistungen; doch die Wohlstandsregionen mauern sich um so fester ein.
- Der Welthandel erlebt durch moderne Transportmittel und liberale Marktordnungen eine Blüte wie noch nie; doch die Kluft zwischen den wenigen reichen Ländern des Nordens und den vielen armen Regionen des Südens wird immer größer.
- Moderne Kommunikationstechniken lassen die Welt kleiner werden und können Wissen und die Vielfalt der Kulturen allen zugänglich machen; doch vorderhand sind wir Zeugen eines weltweiten Konzentrationsprozesses, an dessen Ende die Dominanz der Unterhaltungskonzerne Nordamerikas und Westeuropas steht.

Triumph und Krise der Marktwirtschaft

Genug der Beispiele. Sie ließen sich fortsetzen. Sie verweisen auf ein weiteres Paradoxon: Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Ökonomie hat die Marktwirtschaft ihren Siegeslauf angetreten. Sie gilt als alternativlos und scheint nach dem glanzlosen Untergang des Gegenmodells auch jeder Notwendigkeit enthoben, sich zu legitimieren. Doch ausgerechnet in einer Zeit, da der Triumph des marktwirtschaftlichen Modells am höchsten ist, steckt eben diese Ordnung in der tiefsten Krise – jedenfalls wenn man sie an ihren eigenen Verheißungen von Fortschritt, Wohlfahrt, Ausgleich und Beschäftigung mißt.
Um nur einige Stichwörter zu nennen: Armut auch in den reichen Ländern, Polarisierung zwischen Nord und Süd, Verbrauch von Zukunft.

> *Arbeitslosigkeit und Armut in den Industrienationen*

In den reichen Industriestaaten wachsen Arbeitslosigkeit und Armut. Trotz gigantischen Reichtums, trotz wirtschaftlichen Wachstums und ungeachtet gewaltiger Technologie-Sprünge und allgemein wachsender Qualifikation werden immer mehr Menschen arbeitslos. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. In ihrem Gefolge breiten sich Armut aus, Elend und Obdachlosigkeit; Nöte, die vor wenigen Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland auf ewig überwunden schienen. Die weitere Folge ist die zwangsläufige Beanspruchung des Sozialhaushalts. Unter neoliberalem Vorzeichen schießen Vorschläge der (Re-)Privatisierung sozialer Risiken wie Alter, Arbeitslosigkeit, Krankheit ins Kraut; daß der gesellschaftliche Schutz vor derartigen Risiken zu einem Leben in Würde und Freiheit gehört, gerät in Vergessenheit.

Im privatwirtschaftlichen Sektor von Produktion und Dienstleistung hält die wirtschaftliche Expansion mit der Entwicklung der Produktivität nicht Schritt. Dieses Gefälle zwischen Rationalisierungsfortschritten und eingeschränkten Wachstumsraten ist seit Jahren evident und war früher schon vorhersehbar. Die außerordentlichen Umstände, die in unterschiedlichen Schüben dazu führten, daß kaufkräftige Märkte im In- und Ausland für Produktionssteigerungen und Vollbeschäftigung sorgten, sind vorbei und kehren nicht wieder. Wer angesichts dieser Umstände auf geheimnisvolle Wachstumsreserven setzt, die etwa die zweistelligen Steigerungsraten der fünfziger und sechziger Jahre wiederbrächten, betreibt Scharlatanerie. Weder der private Dienstleistungssektor noch neue Technologien werden zu einem neuen Beschäftigungswunder führen.
Auch die vielbesungenen sogenannten Kleinen Tiger Südostasiens bestätigen diese These. Natürlich wird es Regionen und Länder geben, die in einer Phase nachholender Industrialisierung nach dem Vorbild der USA und Westeuropas besondere Wachstumsimpulse erfahren und diese durch Sozial- und Öko-Dumping auf Kosten anderer einige Zeit fortsetzen können. Doch der Preis sind menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Unfreiheit und die Verhinderung sozialer Wohlfahrt – ohne daß jemals Vollbeschäftigung erreicht würde.
Dabei wäre Arbeit in großem Umfang vorhanden. Man denke nur an soziale Dienstleistungen, an kulturelle Angebote, an den Ausbau einer gesellschaftlichen Infrastruktur, sei es in Gestalt eines umweltgerechten Verkehrswesens, eines sozialen Wohnungsbaus, der Verbesserung des Schulsystems und der permanenten Weiterbildung und nicht zuletzt der Entwicklungsarbeit für unterentwickelte Regionen.
Dies setzt allerdings eine Umverteilung des vorhandenen Reichtums voraus. Ein anderer Schlüssel liegt in der Umverteilung der Arbeit, also in einem neuen Anlauf zu radikaler Arbeitszeitverkürzung.

> *Weltweite Polarisierung*

Was im Brennglas der Industriestaaten zu beobachten ist, kehrt im Weltmaßstab mit noch größerer Brutalität wieder. Die Polarisierung zwischen den reichen Industriestaaten des Nordens und den Armutsregionen des Südens hat sich weiter verschärft. Ausgerechnet in den achtziger Jahren, der immerhin schon dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, sind die Ärmsten der Armen noch weiter zurückgefallen. Wir alle kennen die Statistiken: ein Fünftel der Weltbevölkerung erhält 83 vH des Einkommens; am anderen Ende muß sich ebenfalls ein Fünftel der Menschheit mit nur 1,4 vH des Einkommens begnügen. Oder: 85 vH der Weltbevölkerung (auf 72 vH der Erdoberfläche) leben in einkommensschwachen Ländern.
Auch dies hängt mit ökonomischen Gesetzmäßigkeiten zusammen, die alte Lehrbuchweisheiten seit langem widerlegen. Die Ausbreitung des Welthandels führt eben nicht gleichsam naturwüchsig zu wirtschaftlichem Gleichgewicht und zum Abbau bestehender Macht- und Reichtumskonzentrationen. Im Gegenteil, ohne politisch gesetzte Regeln des Ausgleichs festigt und vergrößert sich ökonomische Vorherrschaft. So ist es bezeichnend, daß die Preise für Rohstoffe und Primärerzeugnisse, dem wesentlichen wirtschaftlichen Potential der Entwicklungsländer, dramatisch gesunken sind und voraussichtlich weiter fallen werden; demgegenüber steigen die Preise für industrielle Produkte kontinuierlich an.
Als im Herbst 1989 die Menschen in Leipzig, Dresden und andernorts skandierten »Entweder die DM kommt oder wir kommen«, war ihnen der Beifall der Parteien und Medien Westdeutschlands sicher. Wie wäre die Reaktion, wenn die Menschen in Kairo, Rabat, in Kiew oder Warschau den Ruf wiederholten? So unrecht hätten sie nicht. Reichtum und Wohlstand in Deutschland sind nicht allein das Produkt der hierzulande geleisteten täglichen und nächtlichen Arbeit.

Dr. Detlef Hensche, geb. am 13. September 1938 in Wuppertal,

ist Vorsitzender der Industriegewerkschaft Medien, Druck und Papier, Publizistik und Kunst (IG Medien). Nach dem Studium der Rechtswissenschaften und einer vorübergehenden Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn arbeitete er ab 1969 im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Düsseldorf. Von 1971 bis 1975 war er Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. 1975 wurde er in den Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Druck und Papier gewählt. Zuständig war er dort zunächst für die Gewerkschaftspresse, für die Berufsgruppen der Journalisten und der Schriftsteller sowie für Fragen der Medienpolitik. 1992 wurde er zum Vorsitzenden der IG Medien gewählt.

Sie sind auch das Ergebnis der ungleichen Verteilung wirtschaftlicher Stärken und dadurch bedingter Abhängigkeitsverhältnisse. Diese zwingen die unterlegenen ›Partner‹, ihre einzigen Besitztümer – Rohstoffe, neuerdings: Umwelt – unter Wert zu verschleudern. Keine Marktkräfte, keine Mechanismen des Wettbewerbs werden diesen Teufelskreis durchbrechen.
Die Industriestaaten des Nordens stehen damit an einem Scheideweg: sie können sich weiter auf sich selbst zurückziehen, den Reichtum monopolisieren, Mauern um ihre Regionen errichten und hier und da draußen mit militärischer Gewalt für Ordnung sorgen oder sorgen lassen. Die politische Linie, die die Regierungen der G-7-Staaten derzeit verfolgen – sei es im täglichen Geschäft der Uno, sei es in Konferenzen wie den Welthandelsrunden, Umwelt- und Sozialgipfeln –, weist in diese Richtung. Das Ergebnis dieser Politik werden weitere Polarisierung, Ausbreitung von Not, Hunger und Armut, millionenfache Flucht und gewaltsame Konflikte sein. Ein Narr, der glaubt, in einer Welt der Ungerechtigkeit und Gewalt seinen Wohlstand hinter Festungswällen friedlich genießen zu können.
Die Alternative besteht in einer weltweiten Umverteilung des Reichtums. Unterentwickelte Regionen müssen nicht nur finanziell gefördert werden, um die notwendige Infrastruktur – Bildung, Gesundheit, Verkehr, Landwirtschaft und Gewerbe – zu entwickeln. Vor allem brauchen sie bessere und wirksame Chancen zur gleichberechtigten Teilhabe am internationalen Handel; durch Verbesserung der weltwirtschaftlichen Austauschrelationen, der Terms of trade, durch international vereinbarte Preisbedingungen – und sei es durch Formen der Kartellierung zugunsten der Schwachen – muß ein Ausgleich der bestehenden Marktunterlegenheit geschaffen werden. Das spricht sich leicht aus, hat jedoch weitreichende Konsequenzen. Nicht nur, daß eine solche Politik in einer hochkonzentrierten Wirtschaft gegen den Widerstand mächtiger Industrie- und Finanzgruppen durchgesetzt werden muß; die Umverteilung des vorhandenen Reichtums hat auch Konsequenzen für den Konsumwohlstand, an dem Millionen Menschen in den Industriestaaten teilhaben.

Die Außenminister der ›Großen Drei‹ im Gespräch (am 1. Mai 1945 in San Franzisko): Wjatscheslaw Molotow (Sowjetunion), Edward Stettinius (USA) und Anthony Eden (Großbritannien).

> *Wir produzieren und leben auf Kosten unserer Kinder*

Ein drittes Beispiel, das mittlerweile allgemeine Aufmerksamkeit genießt, betrifft die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Unlängst legte der ›Club of Rome‹ einen neuen Bericht vor: ›Mit der Natur rechnen‹, herausgegeben von Wouter van Dieren. Der Bericht legt anhand zahlreicher Detailergebnisse und Berechnungen dar, mit welch dramatischem Tempo der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen und die Belastung der Umwelt fortschreiten. Schon heute belegen einzelne Entwicklungen, daß mit den jüngsten wirtschaftlichen Wachstumsraten reale Wohlstandsverluste eingetreten sind.

Dies alles ist inzwischen allgemein bekannt. Wir wissen beispielsweise, daß die Übertragung der Automobildichte in den Industriestaaten auf andere Regionen diesen Globus unbewohnbar machen würde. Gleiches würde gelten, wenn der Energieverbrauch des industrialisierten Nordens in anderen Ländern Nachahmer fände. Kurzum, die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben, ist weder verallgemeinerungs- noch fortsetzungsfähig. Dennoch geschieht bislang sträflich wenig, um jene verheerende Entwicklung aufzuhalten. Im Gegenteil, unter dem Druck ökonomischer ›Sachzwänge‹ wie hoher Arbeitslosigkeit, der Standortkonkurrenz und des verschärften weltweiten Wettbewerbs herrscht allerorten das Diktat des blinden ›Weiter so!‹ Die Mühsal einer Reform des Verkehrswesens, die große Koalition zugunsten der Automobilproduktion oder der Widerstand gegen Öko-Steuern und ein Tempolimit – Themen, die kürzlich die politische Debatte hierzulande bestimmten – mögen als Beispiele dienen.

Damit stehen wir abermals vor der Notwendigkeit, uns die Dimension der Reformnotwendigkeit vor Augen zu führen. Insbesondere einem Gewerkschafter ging und geht die Kritik an der ungerechten Reichtumsverteilung, an der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt durch multinationale Konzerne, an der Mißachtung von Umweltstandards durch Chemie- und Energiekonzerne leicht von den Lippen. Doch damit ist nur ein, zugegebenermaßen wichtiger, Aspekt angesprochen. Eine ökologische Reformpolitik erfordert darüber hinaus eine Umkehr, die tief in die Konsumgewohnheiten und Lebensverhältnisse von Millionen Arbeitern und Angestellten eingreift. Nicht nur die industrielle Produktion muß sich wandeln; auch die Art und Weise, wie wir in der konkreten Gestalt unseres Konsumwohlstandes die Natur verbrauchen, ist nicht verlängerbar. Mit anderen Worten: Die Unternehmen produzieren nicht nur auf Kosten Dritter – wir selbst leben auch auf Kosten anderer: der Menschen in den armen Ländern und der Generationen unserer Kinder und Enkelkinder. Umsteuern ist damit ein politisches Projekt, das vor unserer Lebensweise, dem konkreten Massenwohlstand und seiner stofflichen Ausprägung nicht haltmacht. Ein alternatives Wohlstandsmodell ist uns daher aufgegeben; ein Wohlstandsmodell des solidarischen Ausgleichs, der Achtung vor den natürlichen Lebensgrundlagen, der gerechten Reichtumsverteilung.

Das bedingt auch einen Ausgleich in den eigenen Reihen. Wenn der Exkurs erlaubt ist: Die Widersprüche und der Interessengegensatz einer kapitalistischen Ordnung sind so virulent wie eh und je. Doch sie erklären nicht alles, was uns an Fehlentwicklungen belastet; und sie erlauben nicht mehr eindimensionale Rezepte, nach denen es allein reicht, den Aktionären ihren Reichtum abzujagen und die wirtschaftliche Macht der Konzerne in die Hände des Volkes zu legen – und schon ist der Schlüssel zum Fortschritt gefunden. Nein, wenn wir die Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten überwinden wollen, müssen wir die Arbeit neu verteilen, was für Besserverdienende auch finanzielle Opfer mit sich bringen wird und was für Männer eine Preisgabe ihrer privilegierten Stellung im sogenannten Normalarbeitsverhältnis beinhaltet. Übrigens könnte der dadurch erreichbare Zeitwohlstand ein Element eines neuen Wohlstandsmodells werden. Wenn wir unseren Kindern eine Welt hinterlassen wollen, die ein weiteres Leben möglich macht, hat das Konsequenzen für Arbeitsplätze und Konsumgewohnheiten auch der Arbeiter und Angestellten. Und wenn die Menschen in unterentwickelten Regionen nicht mehr unter Hunger, Not und Elend leiden sollen, müssen Reichtum und Lebenschancen neu verteilt werden, mit der Folge, daß auch die arbeitende Bevölkerung des Nordens die Folgen spürt. Es wäre verheerend, wenn sich die Gewerkschaften, gleichsam als Juniorpartner von Konzernen und Regierungen, unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs in die Jagd nach Standortvorteilen und in eine Politik der Abschottung gegenüber anderen Ländern und Regionen einbinden ließen. Damit stehen auch die Gewerkschaften vor der Alternative, sich entweder in Konkurrenzbeziehungen gegeneinander ausspielen zu lassen oder an einer Welt des solidarischen Ausgleichs mitzuwirken.

Globalisierung der Wirtschaft – Grenzen herkömmlicher politischer Gestaltung

Das alles, wahrlich ein politisches Projekt von beachtlichen Ausmaßen, ist uns aufgegeben in einer Zeit, in der die Fähigkeit zu politischer Gestaltung an Grenzen stößt. Jedenfalls betrifft dies die herkömmlichen Instanzen der Politik, die politischen Institutionen des Nationalstaats. Die Globalisierung von Handel, Produktion und Wettbewerb löst die Bindekraft nationaler Normen auf. Auf der tarifvertraglichen Ebene begegnet dies den Gewerkschaften in Gestalt von Tarifflucht und Erosion der Arbeitgeberverbände. Noch empfindlicher ist der Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit nationaler Regierungen und Gesetzgeber. Der Wettlauf um Standortvorteile macht nicht nur Gemeinden und Regionen, sondern mittlerweile auch nationale Regierungen zum Spielball betriebswirtschaftlicher Interessen multinational agierender Konzerne. Bei freiem Kapitalverkehr und freiem Handel drohen Konjunktur und Beschäftigungsprogramme ins Leere zu laufen; nur zu einem Bruchteil zeigen sie im Inland Wirkung. Die Verselbständigung der Finanzmärkte hat Staaten beziehungsweise Staatsbanken de facto die Herrschaft über die Zinsen genommen und damit ein wesentliches Element der Konjunktursteuerung und der Währungspolitik. Kurzum, die wirtschaftspolitische Gestaltungskompetenz des Nationalstaats ist begrenzt. Was bleibt, ist die fatale Neigung, den politischen Konflikt auf Scheinprobleme und Scheinlösungen zu reduzieren, die existentiellen Probleme dagegen auszuklammern. Ein Seismograph für den Autoritätsverlust ist die allerorten beklagte Politikverdrossenheit der

Bürger – was ja nicht etwa Abwendung von politischen Themen bedeutet, sondern Mißtrauen gegenüber den politischen Akteuren. Ein anderer Seismograph ist der Rückzug auf Regionen, oftmals verbunden mit populistischer Absage an zentrale politische Steuerung und dem Abschied von nationalem Ausgleich zwischen einzelnen Regionen; so wiederholen sich Festungsmentalität und Wohlstandschauvinismus im kleinen.

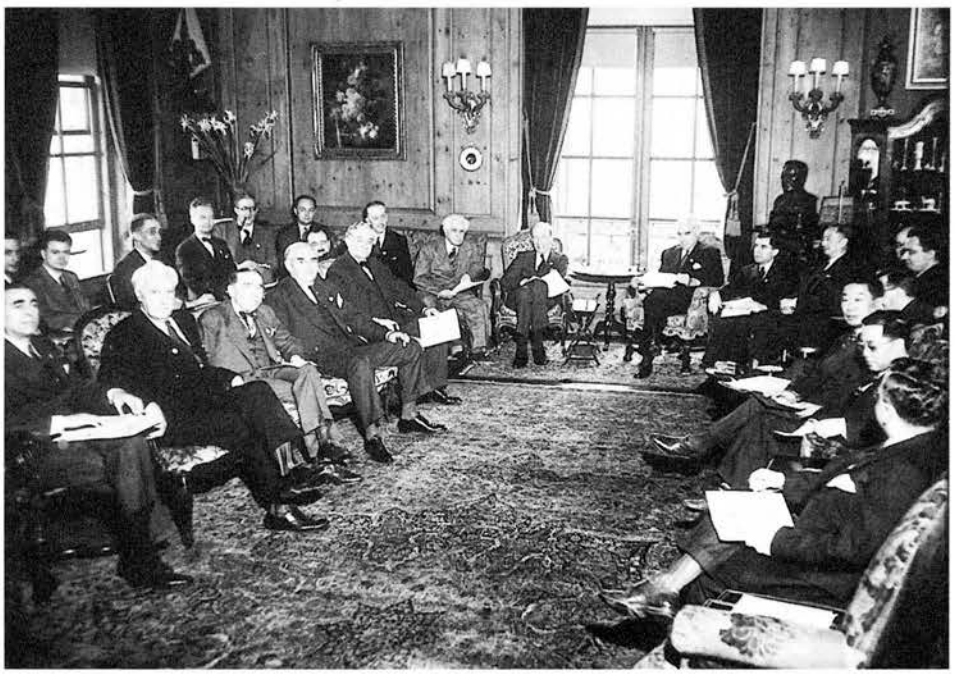
Dies alles sind Entwicklungstendenzen, die letztlich mit der Globalisierung der Wirtschaft zusammenhängen, die sich daher nicht durch Appelle aufhalten lassen. Dennoch sei der verbreiteten Mode widersprochen, als wären staatliche Gestaltungsspielräume bereits heute gänzlich verschwunden. Wer politische Reformen nicht will, entzieht sich der inhaltlichen Debatte mit dem wohlfeilen Hinweis darauf, das entsprechende Problem sei nur noch international zu lösen. In dieser Schlichtheit trifft das nicht zu. Natürlich ist eine nationale Politik der Arbeitsumverteilung möglich; natürlich können nationale Regierungen sinnvolle Hilfe für unterentwickelte Regionen aufbringen; und selbstverständlich können durch nationale Forschungs-, Verkehrs-, Energie- und Industriepolitik Anstöße einer öko-logischen Umkehr gegeben werden. Ja, die politischen Gestaltungsräume sind um so größer, je solider die industrielle und wirtschaftliche Basis des entsprechenden Landes ist. Ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland könnte erhebliche Reformoptionen wahrnehmen und im Konzert der G-7-Staaten weitere Impulse geben.

Eine andere Ebene für die notwendige Reformstrategie betrifft die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zum einen ist es eine Binsenweisheit, daß angesichts komplexer Zusammenhänge politische Prozesse des Umsteuerns ein Höchstmaß an demokratischer Lernfähigkeit voraussetzen. Zum andern steht die Menschheit vor einem notwendigen Wandel von solchen Dimensionen, der Einsicht und Engagement aller Betroffenen notwendig macht. Wenn wir alle unser Leben ändern müssen – im Interesse der Umwelt, im Interesse gleicher Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt, im Interesse menschenwürdiger Lebensbedingungen in den Industriestaaten –, so läßt sich ein solches Projekt nicht gegen den Willen der Menschen durchsetzen. Diktaturen zu etablieren, um soziale und ökologische Reformen durchzusetzen – das wäre ein Widerspruch in sich.

In diesem Zusammenhang gilt es nicht nur die Rolle von Bürgerbewegungen, sozialen Initiativen und der unterschiedlichsten Formen demokratischen Protests und Ungehorsams hervorzuheben; die jüngsten Greenpeace-Aktionen können zu weiteren Initiativen ermuntern. Ebenso wichtig ist die Rolle der Medien. Auf der einen Seite vermitteln moderne Informationstechniken die einzigartige Chance, Wissen und Aufklärung zu verbreiten, auch Anstöße zu utopischem Denken zu geben. Auf der anderen Seite müssen die Menschen auch in die Lage versetzt werden, Informationen zur Kenntnis zu nehmen. Tendenzen der Konzentration und Kommerzialisierung im Sinne eines Diktats der Unterhaltungsindustrie könnten dies behindern. Deshalb muß die Verfassung der Medien, die internationale Machtzusammenballung öffentliches Thema werden; ebenso wie Standards journalistischer Unabhängigkeit und demokratisches Selbstverständnis der Medienschaffenden zu fördern sind.

Schließlich und nicht zuletzt müssen wir uns der Notwendigkeit stellen, demokratische Prozesse zu internationalisieren. In dem Maße, in dem die nationalen Gestaltungsspielräume enger werden, müssen internationale Instanzen politikfähig werden. Die Entwicklung der Europäischen Union weist in diese Richtung. ›Politikfähigkeit‹ heißt allerdings auch: demokratische Verantwortlichkeit; gerade hier leiden die europäischen Instanzen noch unter erheblichen Defiziten.

Ob ähnliche Perspektiven, was die Gestaltungs- und Entscheidungskompetenz angeht, auch für die Vereinten Nationen einschließlich ihrer Nebenorgane und Sonderorganisationen geltend gemacht werden können, ist derzeit zweifelhaft. Gerade der aktuelle Ruf nach gewaltsamen Befriedungsaktionen im Namen der Uno läßt das Mißverhältnis zwischen Erwartung und Autorität deutlich werden. Wie eigentlich sollen UN-Soldaten Konflikte schlichten, die maßgebende UN-Mitglieder durch aktives Tun oder wissentliches Unterlassen erst geschaffen oder zumindest gefördert haben? Da läßt eine deutsche Bundesregierung die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien durch eine eigenmächtige, vorschnelle und unkonditionierte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens erst eskalieren; da haben es alle Nationen versäumt, den Rüstungsboykott gegenüber den Konfliktparteien wirksam durchzusetzen – und anschließend sollen Blauhelmsoldaten das Feuer löschen! Das Beispiel Jugoslawien wird sich wiederholen, wenn sich die mächtigen Staaten nicht darauf verständigen, eine Politik der Gewaltfreiheit, der ökonomischen und sozialen Hilfe zu initiieren und durchzusetzen. Die Institutionen zur Unterstützung einer solchen Politik sind vorhanden – von der Weltbank über die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und das Kinderhilfswerk (UNICEF) bis zum Entwicklungsprogramm (UNDP) der Vereinten Nationen. Was fehlt, ist der demokratische



Auf der ›Konferenz der Vereinten Nationen über die Internationale Organisation‹ vom 25. April bis zum 26. Juni 1945 entstand in San Franzisko die UN-Charta. Beteiligt waren die Vertreter von 50 Staaten, doch hatten die ›Großen Drei‹ besonderes Gewicht. Unter Einschluß auch Chinas und Frankreichs sprach man von den ›Großen Fünf‹ – den Mächten, denen mit dem ständigen Sitz im Sicherheitsrat und der Möglichkeit des Vetos bis heute in Anspruch genommene Privilegien eingeräumt wurden. Im Bild: eine Zusammenkunft der Delegationen dieser fünf Staaten am 29. Mai 1945 in San Franzisko.

Konsens, was Inhalte und Ziele der internationalen Politik angeht. Hier eine Plattform zu bieten

- für die Wahrnehmung bestehender Probleme und Fehlentwicklungen,
- für die Artikulation unterschiedlicher Interessen,
- insbesondere für ein Gegengewicht gegen eine US- und eurozentrische Blickverengung,
- für die vorurteilsfreie Diskussion denkbarer Lösungen und
- für die Entwicklung konkreter Utopien –

dies könnte mehr noch als bisher eine wichtige Aufgabe der Vereinten Nationen sein. Konferenzen der letzten Jahre zu Themen wie Umwelt oder Menschenrechte haben bei aller Kritik an den mageren Ergebnissen zumindest eines geleistet: sie haben Öffentlichkeit hergestellt. Damit besteht auch die Chance, die Regierungen beim Wort zu nehmen. Denn nicht zuletzt die auf dem Weltsozialgipfel in Kopenhagen im März eingegangenen zehn ›Verpflichtungen‹, die auf nationale und internationale Maßnahmen gegen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung abzielen, verdienen es, nicht nur Programmziele zu bleiben, sondern realisiert zu werden. Die soziale Dimension des Welthandels darf bei der neuen Welthandelsorganisation (WTO) nicht ausgeblendet bleiben, auch wenn bisher die Debatte von der Geltendmachung einer Art Recht auf Sozial-Dumping seitens mancher Entwicklungsländer-Regierungen und der Inanspruchnahme internationaler Standards letztlich für eigene (protektionistische) Zwecke seitens der USA geprägt war. Die traditionsreiche, aber längst nicht überlebte Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sollte ihr Instrumentarium zur Überwachung der von ihren Mitgliedsländern ratifizierten Übereinkommen und Empfehlungen schärfen. Die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) sollte sich kritisch mit Erscheinungsformen und Folgen der Medienmacht weniger, meist aus den USA oder Westeuropa stammender Anbieter befassen und dabei der Frage, ob man demokratische Medien oder weltweit agierende Unterhaltungskonzerne will, nicht ausweichen. Schließlich sollten die Vereinten Nationen selbst, die sich ja von Beginn an auch dem »sozialen Fortschritt und eine(m) besseren Lebensstandard in größerer Freiheit« verschrieben haben, in die Lage versetzt werden, auf dem wirtschaftlichen und sozialen Feld endlich Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Eine Chance hierzu könnte die Ersetzung ihres bisherigen Wirtschafts- und Sozialrats durch zwei mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Räte für Wirtschaft beziehungsweise Sozialfragen bieten, wie sie die ›Unabhängige Arbeitsgruppe über die Zukunft der Vereinten Nationen‹ unter dem Vorsitz des Pakistaners Moeen Qureshi und des Deutschen Richard von Weizsäcker unlängst vorgeschlagen hat. Wesentlich ist im Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Vereinten Nationen insbesondere die aktive Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen. Auch international brauchen wir den Stachel und die Korrektur demokratischer Opposition!

Reformbedarf ist bei der Weltorganisation, zumindest partiell, gegeben; manche Kritik verdient beherzigt zu werden. Insgesamt aber machen ein halbes Jahrhundert nach Inkrafttreten der Charta die weltweit bestehenden existentiellen Probleme eines deutlich: Die Vereinten Nationen sind notwendiger denn je.

Hohe Ziele, schöne Worte, falsche Freunde

Warum die Vereinten Nationen zum Prügelknaben der Politik geworden sind

WERNER HOLZER

Der Name ist irreführend. ›Vereint‹ waren weder die 51 Gründernationen, noch sind es die 185 Mitgliedstaaten, die sich nach und nach in den Vereinten Nationen zusammengefunden haben, um die Welt vor neuen Krisen und Kriegen zu bewahren und die Menschenrechte überall zu schützen, wo sie bedroht sind. Das bleibt ein schöner Traum, obwohl die Gründerväter 1945 ehrlich genug waren, jeden Gedanken an eine entstehende ›Weltregierung‹ ausdrücklich auszuschließen.

I

Wenn die Weltorganisation in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag feiert, dann ist sie damit schon fast doppelt so alt wie ihr glückloser Vorgänger, der Völkerbund in Genf, der weder Italiens Kolonialabenteuer in Abessinien noch gar den Zweiten Weltkrieg verhindern konnte. Grund genug also für die Vereinten Nationen, zu feiern? Schließlich ist kein dritter Weltkrieg ausgebrochen. Wer bescheiden genug ist, die internationale Politik bestenfalls als eine Kunst zu betrachten, mit dem Unmöglichen einigermaßen zu überleben, der mag in diesem Jahr getrost sein Glas erheben und auf das Wohlergehen der Vereinten Nationen anstoßen.

Tatsächlich hat die Existenz dieser viel gescholtenen Vereinten Nationen zahlreiche Konflikte entschärft, manchen Krieg vielleicht sogar verhindert, viele Millionen Menschen vor dem Hungertod und mörderischen Seuchen bewahrt. Ohne die UN und ihre großen Sonderorganisationen wäre all dies unmöglich gewesen. Nicht nur für Menschenfreunde muß dies Anlaß zu Dankbarkeit sein.

Doch Grund zu wirklicher Zufriedenheit haben die Mitgliedstaaten der UN deshalb noch lange nicht. Die Vereinten Nationen mögen sich zwar als Forum für das Krisenmanagement gelegentlich bewährt haben, ihrem Namen und ihrem Auftrag aber konnten sie bisher nicht gerecht werden. Im Gegenteil: in den fünfzig Jahren ihres Bestehens sind sie in der Weltöffentlichkeit zum liebsten Prügelknaben geworden. Ihr oft zitiertes ›Scheitern‹ diente und dient großen wie kleinen Mitgliedstaaten stets als willkommene Ablenkung von eigener Schuld und eigenem Versagen.

Mit dieser Heuchelei haben die Mitglieder ihrer eigenen Institution schweren Schaden zugefügt und sie daran gehindert, zu einer echten internationalen Schiedsinstanz zu werden. Allzu oft feiert in den UN-Gremien bis heute die Doppelzüngigkeit Triumphe. Keine Organisation aber kann am Ende erfolgreich sein, wenn ihre Mitglieder es nicht wollen. Wen wundert es da, wenn die Vereinten Nationen über die Jahre hinweg stellvertretend für andere dramatisch an Ansehen und Respekt verloren haben. Inzwischen wird sogar schon die Frage nach ihrer Existenzberechtigung gestellt. Eine große Idee droht in der wachsenden Flut nationaler Partikular-Interessen unterzugehen.

II

Die angesehene ›Washington Post‹ hat vor einiger Zeit die Situation